

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 27. Januar 2012, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel
GRÜNE:	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Schalauske
FDP:	Wüst
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
PIRATEN	Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Stadtverordnete Kaufmann (CDU), Schäfer (B90/Die Grünen) Köster-Sollwedel (Marburger Linke) Sawalies (FDP), Ehrenamtliche Stadträtinnen Laßmann und Dr. Sewering-Wollanek

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Anschließend erinnert die Stadtverordnetenversammlung in einer Gedenkminute an den heutigen Tag des Holocaust und die Befreiung der Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 2011 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert die Stadtverordnetenversammlung, dass zur heutigen Tagesordnung Dringlichkeitsanträge vorliegen.

1. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Keine Stellenkürzungen an Abendschulen VO/0913/2012

Der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Der Stadtverordnete Dr. Wiegand (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit. Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die heutige Tagesordnung aufgenommen werden.

Die Fraktion Marburger Linke reicht den Dringlichkeitsantrag in die Ausschussberatung für Februar ein.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Umbauarbeiten im Hauptbahnhofe - Inakzeptable Übergangslösung VO/0948/2012

Zu diesem Antrag wurde bereits in der Sitzung des Ältestenrates vereinbart, ihn in die Tagesordnung aufzunehmen. Dagegen wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher nimmt den Antrag als TOP 10 in die Tagesordnung auf und wird ihn entsprechend aufrufen.

3. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Situation Sportstätten insbesondere Hallen/ Sanierung Richtsberghalle VO/0952/2012

Diese dringliche Vorlage wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken, CDU, FDP, MBL und BfM die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag wird von der Fraktion Marburger Linke in die Ausschussberatung im Februar gegeben.

4. Dringlichkeitsantrag der MBL-Fraktion betr. 4 Millionen € Spende

Der Stadtverordnete Becker (MBL) begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Pfalz (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Fraktion der MBL beantragt die Abschrift der Tonaufzeichnung hinsichtlich der Wortbeiträge des Stadtverordneten Becker, Stadtverordneten Pfalz und des Oberbürgermeisters.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Fraktion der MBL, Marburger Linken, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Alle dringlichen Anträge liegen der Niederschrift als **Anlage** bei.

Sodann gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen und Aussprachen.

Der Stadtverordnete Stötzel (CDU) beantragt, den Tagesordnungspunkt 12.5: Antrag der CDU-Fraktion betr. Blick zum Schloss VO/0811/2011 erneut im Februar in den Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung zu beraten. Der Antrag war zunächst im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss jeweils in der Januarsitzung zurückgezogen worden. Dagegen wird nicht gesprochen.

Der Antrag wird im Februar in den genannten Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung erneut beraten.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der ergänzten Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 1 01/2012) Vorlage: VO/0922/2012

Unmittelbar unterhalb der Erläuterungstafel neben der Alten Synagoge Mainzer Gasse/Schlosssteig ist ein Papierkorb angebracht. Dies führt sicherlich nicht nur am Vormittag des 3. Adventssonntags zu folgendem Bild: Überquellender Korb, drum herum verstreuter Müll und Scherben. Darf der Fragesteller davon ausgehen, dass bis zur Beantwortung der Frage der Papierkorb an dieser unpassenden Stelle entfernt und andernorts installiert wurde?

Da der Fragesteller heute nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt:

Nach Rücksprache mit dem DBM wird der Papierkorb dreimal pro Woche geleert. Es entspricht nicht den dortigen Erfahrungen, dass der Papierkorb häufiger überquillt. Bei der Gestaltung der Freiflächen um den Glaskubus herum wurden mehrere Standorte für den Papierkorb in Erwähnung gezogen. Eine Aufstellung in der Nähe des Glaskubus oder vor den Häusern auf der gegenüberliegenden Seite des Platzes schied aus. Daher blieb der ausgewählte Standort als einzige Möglichkeit übrig. Da die genannten Rahmenbedingungen sich nicht verändert haben, ist eine Versetzung des Papierkorbs nicht möglich.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 01/2012) Vorlage: VO/0945/2012

Wie weit sind die Stadtwerke Marburg mit der Umstellung ihrer Busflotte auf erdgasbetriebene Fahrzeuge?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Busflotte der Stadtwerke Marburg umfasst insgesamt 74 Linienbusse, die im Regel-, Verstärker- und Ersatzverkehr zum Einsatz kommen. Von diesen 74 Bussen sind mittlerweile 35 erdgasbetrieben. Im Zuge der Fertigstellung der neuen Erdgastankanlage im Februar 2011 wurden 14 Erdgasbusse zeitnah beschafft, welche die Umstellung der Busflotte forcierten. In 2012 wird ein weiterer Erdgasbus dazukommen. Auf Grundlage der für den Regelverkehr im Fahrplan 2011/12 planerisch eingesetzten Erdgasbusse ergibt sich für die unterschiedlichen Bustypen folgendes Bild: Bei den Gelenkbussen sind es 11 erdgasbetriebene von 14, bei den Solobussen 16 von 25 und bei den Midibussen 3 von 3. Damit ergibt sich ein Umstellungsgrad auf erdgasbetriebene Busse im Regelverkehr von 78 %.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls vom Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 3 01/2012)
Vorlage: VO/0923/2012**

Hat der Magistrat bereits die Möglichkeit überprüft, beim städtischen Fuhrpark und der Flotte der Stadtwerke Marburg das Verfahren der so genannten „Öl-Dialyse“ zur Anwendung zu bringen, um die endliche Ressource Öl und zudem auch Kosten einzusparen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei den Stadtwerken Marburg GmbH werden hochwertige Motorenöle und Schmierstoffe eingesetzt, die einen sehr langen Ölwechselintervall erlauben. Dies hat zur Folge, dass schon heute die endliche Ressource Öl und zudem auch Kosten eingespart werden.

Umfangreiche Recherchen über die Aufbereitung von Motorenöl, gleich Öl-Dialyse im Nutzfahrzeugbereich, werden von uns schon seit geraumer Zeit durchgeführt.

Bevor jedoch eine endgültige Entscheidung über den Einsatz der Öl-Dialyse und der Anschaffung eines solchen Gerätes gefällt werden kann, sind noch offene Fragen bezüglich der Garantie und der Kulanzabwicklung bei eventuell auftretenden Motorschäden zu klären.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gerhard Seemann (Nr. 4 01/2012)

Vorlage: VO/0925/2012

Wie sieht der Magistrat die Entwicklung der Nutzung des Kunstrasenplatzes am Zwetschenweg im Hinblick auf die Belastung der Anwohner durch Lärm und Licht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Sportplatz Zwetschenweg ist dem Verein Sportfreunde Blau-Gelb Marburg durch Pachtvertrag überlassen, der Verein befindet sich wegen der Belastungen durch den Trainings- und Spielbetrieb seit einigen Wochen mit den Anwohnern im Kontakt.

Ein weiteres Gespräch fand am 09. Januar 2012 beim Fachdienst Sport mit der Familie Frank statt. Die von der Familie Frank angeregten Lösungsvorschläge sollen mit dem Verein jetzt besprochen werden. Danach werden weitere Gespräche mit Familie Frank erforderlich sein. Ziel ist es, eine für alle Beteiligten tragbare Lösung zu finden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls vom Oberbürgermeister beantwortet. Der Oberbürgermeister sagt zu, weitere Informationen in einer Sitzung der Sportkommission zu geben.

**zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Mathias Range (Nr. 5 01/2012)
Vorlage: VO/0926/2012**

Der Magistrat möge Auskunft über die Höhe der jährlichen Kopier- und Portokosten geben, die für die Unterlagen des Magistrates und der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse in den letzten drei Jahren, jedenfalls aber für 2010, angefallen sind.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der Kostenrechnung ist es möglich, die Kopier- und Portokosten pro Produkt (Kostenträger) zu ermitteln. Für das Produkt „009010 - Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung“ sind für das Jahr 2010 Portokosten in Höhe von **9.582,46 €** entstanden. Die Portokosten für das Jahr 2011 sind noch nicht vollständig abgerechnet.

An Druckkosten sind für das oben genannte Produkt **7.554,82 €** für 2010 und **7.446,95 €** für das Jahr 2011 angefallen.

Da dieses Produkt vorrangig für die Betreuung der städtischen Gremien zuständig ist, kann ein sehr großer Teil dieser Kosten der Erstellung von Unterlagen für die städtischen Gremien zugerechnet werden. In den oben genannten Zahlen sind keine Druckkosten enthalten, die in einzelnen Fachdiensten der Verwaltung im Rahmen der Erstellung von Vorlagen für städtische Gremien entstanden sind (z. B. einzelne Arbeitsplatzausdrucke der Vorlagenersteller). Weiterhin nicht berücksichtigt sind Personalaufwendungen, die auf das Sortieren und Versenden von Sitzungsvorlagen entfielen und die Kosten die durch das Ausfahren der Unterlagen durch die Botenmeisterei der Stadtverwaltung entstanden sind.

zu 4.6 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Mathias Range (Nr. 6 01/2012)**
Vorlage: VO/0927/2012

Der Magistrat möge ferner Auskunft über die Anzahl der bedruckten Seiten der letzten drei Jahre, jedenfalls aber für 2010, geben, sowie auch Auskunft darüber, wie viel Liter (Druck-) Tinte für die Unterlagen benötigt wurden.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wie auch bei den Druckkosten, kann auch bei der Anzahl der bedruckten Seiten nur auf Basis des Produktes „009010 - Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung“ eine Auswertung erfolgen.

Druckseiten im Jahr 2010 für das Produkt 009010

Druckdienstleistung (Produkt)		Menge	Umrechenfaktor für DIN A4-Seitenzahl	Anzahl Seiten (auf Basis DIN A4)
S/W-Druck einseitig	A4	23.852,00	1,00	23.852,00
S/W-Druck beidseitig	A4	268.169,00	2,00	536.338,00
Farb-Druck einseitig	A4	8.055,00	1,00	8.055,00
Farb-Druck beidseitig	A4	10.108,00	2,00	20.216,00
S/W-Druck einseitig	A3	285,00	2,00	570,00
S/W-Druck beidseitig	A3	-	4,00	-
Farb-Druck einseitig	A3	813,00	2,00	1.626,00
Farb-Druck beidseitig	A3	-	4,00	-
Summe				590.657,00

Druckseiten im Jahr 2011 für das Produkt 009010

Druckdienstleistung (Produkt)		Menge	Umrechenfaktor für DIN A4-Seitenzahl	Anzahl Seiten (auf Basis DIN A4)
S/W-Druck einseitig	A4	21.014,00	1,00	21.014,00
S/W-Druck beidseitig	A4	260.794,00	2,00	521.588,00
Farb-Druck einseitig	A4	9.541,00	1,00	9.541,00
Farb-Druck beidseitig	A4	6.798,00	2,00	13.596,00
S/W-Druck einseitig	A3	975,00	2,00	1.950,00
S/W-Druck beidseitig	A3	-	4,00	-
Farb-Druck einseitig	A3	3.507,00	2,00	7.014,00
Farb-Druck beidseitig	A3	-	4,00	-
Summe				574.703,00

Obwohl sämtliche Dokumente im Sitzungsverfahren (ALLRIS) sowie in den Intra- und Internetsystemen elektronisch zur Verfügung stehen, findet der Vorlagendruck und -verteilung noch auf Basis des Originals in Papierform und dessen optischen Kopien statt. Durch erweiterten Einsatz des elektronischen

Sitzungsdienstes könnten hier Optimierungen erzielt werden. Notwendige Schritte wären hier Konzepterstellung, Grundsatzbeschluss der StVV, Änderung der Geschäftsordnung, Erweiterung der technischen Ausstattung (WLAN, Tablet-PCs, etc.).

In der Hausdruckerei wird moderne Laserdrucktechnik eingesetzt. Daher wird keine Drucktinte verbraucht. Stattdessen wird natürlich entsprechend Lasertoner verbraucht. Eine Angabe der Verbrauchsmenge in Gramm ist hier wenig sinnvoll.

**zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Martina Dirmeier (Nr. 7 01/2012)
Vorlage: VO/0928/2012**

Warum sollen die „5 Tugenden der Frau“ nicht an ihrem ursprünglichen Standort, dem Lustgarten des Deutschen Ordens, heute Alter Botanischer Garten, aufgestellt werden, sondern am Schwarzen Wasser, wo sie weitaus weniger Publikumsbeachtung finden werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Figuren sollen östlich vom Deutschordenshaus im Zuge der Neugestaltung des Umfeldes von Elisabethkirche und Deutschordenshaus aufgestellt werden. Mit der Aufstellung und der Neugestaltung der Platzfläche ist vorgesehen, eine Beleuchtung für die Figuren zu installieren.

Die Statuen stehen unter Denkmalschutz. Der Magistrat als Untere Denkmalbehörde sowie das Landesamt für Denkmalpflege haben ein großes Interesse daran, dass die Figuren möglichst geschützt aufgestellt werden und bei Einbruch der Dunkelheit beleuchtet werden können.

Der Alte Botanische Garten wird vor diesem Hintergrund als nicht geeignet angesehen, da dort die soziale Kontrolle viel weniger gegeben ist als neben dem Deutschordenshaus und somit Beeinträchtigungen durch Vandalismus wahrscheinlicher wären. Außerdem wird das Gelände, das am Rande des Alten Botanischen Gartens in Frage käme (vor dem Schäferbau) in den nächsten Jahren durch die Errichtung der Universitätsbibliothek zumindest in der Weise in Anspruch genommen, dass ein Verweilen in diesem Bereich vorübergehend eher nicht attraktiv sein dürfte.

Da die Statuen nur eine Dauerleihgabe sind und die Besitzer (Familie von Knoblauch zu Hatzbach) mit über den Ausstellungsort entscheiden können, hat der Verein „Barock in Marburg“ zusammen mit den Leihgebern den vorgesehenen Standort ausgewählt.

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 8 01/2012)

Vorlage: VO/0929/2012

Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, weshalb zahlreiche Busse der Stadtwerke Marburg während der kalten Jahreszeit im Fahrgastbereich wenig bzw. gar nicht beheizt werden? Als häufiger Nutzer des Marburger ÖPNV habe ich schon sehr häufig diese Erfahrung machen müssen. Auf Nachfrage bei einem Busfahrer wurde mir mitgeteilt, dass in der Werkstatt der Stadtwerke wegen sehr hoher Auslastung und begrenzter Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst nur gravierende Mängel behoben werden und häufig keine Zeit für die Reparatur der Belüftungssysteme bliebe. Warum werden die entsprechenden Kapazitäten nicht erhöht.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Busse der Stadtwerke Marburg sind allesamt mit einem Belüftungs- bzw. Heizungssystem ausgestattet. Treten an diesem oder anderen Systemen Defekte gleich welcher Art auf, werden diese in Reihenfolge der eingetretenen Ereignisse zeitnah abgearbeitet bzw. repariert. Dass die spürbaren Effekte einer Heizung im Winter oder einer Klimatisierung im Sommer in den Bussen nicht immer in ihrer Funktion zur Geltung kommen, ist u. a. den kurzen Haltestellenabständen geschuldet. Der nicht auszuschließende, negative Energieaustausch bei geöffneten Türen geht unweigerlich auf diese Weise zu Lasten des Wohlbefindens bei den Fahrgästen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 9 01/2012)
Vorlage: VO/0960/2012**

Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, wo die Originalfiguren Hl. Jakob und Hl. Elisabeth, die am Eingang des Hauses St. Jakob in der Weidenhäuser Straße standen, sich zurzeit befinden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bei dem Gebäude Weidenhäuser Straße 13 handelt es sich um ein Einzelkulturdenkmal im Sinne des § 2 (1) Hessisches Denkmalschutzgesetz. Der Vorgängerbau war eine Pilgerherberge, der im 13. Jahrhundert für die Wallfahrer zum Grab der Hl. Elisabeth seine Dienste tat. Das heutige Denkmal St. Jakob wurde 1570 vermutlich von Ebert Baldewein als Siechen- und Altenhospital erbaut.

Die zurückversetzte Eingangssituation mit dem zentralen Stützpfeiler und einer Laube ist mit 2 Sandsteinfiguren versehen, die allerdings keine bauzeitlichen Originale der Hl. Elisabeth und des Hl. Jakobus darstellen. Die heutigen "Originale" sind ca. 1880 neu angefertigt worden und sind im Altenheim Stiftung St. Jakob in der Sudetenstraße 24 im "Raum der Stille" zu finden. Bei den beiderseits des Hauseingangs der Weidenhäuser Straße 13 befindlichen Figuren handelt es sich wiederum um Repliken dieser "Originale".

Eine Zusatzfrage wird durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 10 01/2012)
Vorlage: VO/0930/2012

Bei der Kenntnisnahme zur „Green IT“ im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr am 06.12.2011 stehen interessante Dinge drin. Ich habe jedoch eine Frage und eine Anregung.

Wieso werden die PC-Bildschirme durch TFT-Bildschirme ersetzt und nicht durch LED-Bildschirme?

Ich dachte immer, dass LED-Bildschirme sparsamer sind. Außerdem könnte versucht werden, der Umwelt was Gutes zu tun, wenn man die Tonerstärke etwas reduziert.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Aussagen zu den LED-Bildschirmen in der Fragestellung sind korrekt und wir freuen uns, dass die Kenntnisnahme zu „Green-IT“ im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr diese Beachtung gefunden hat.

Wie in der Kenntnisnahme erwähnt, kommen TFT-Bildschirme zum Einsatz. Die letzten Arbeitsplatzbildschirme wurden bereits vor der Kommunalwahl eingekauft, im Rahmen der Auszählung (an den extra eingerichteten Arbeitsplätzen der Auszählungswahlvorstände) verwendet und im Anschluss an die Kommunalwahl an Arbeitsplätzen in der Verwaltung eingesetzt.

Zum Zeitpunkt dieser Ausschreibung (Ende 2010 / Anfang 2011) waren LED-Bildschirme im Vergleich zu den TFT-Bildschirmen noch zu teuer. Bei zukünftigen Beschaffungen werden LED-Bildschirme aber sicher in die Auswahlentscheidungen einbezogen.

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 11 01/2012)
Vorlage: VO/0931/2012

Wie im vergangenen September, würde ich gerne die Fahrgastzahlen des AST (Anruf-Sammeltaxi) nach Stadtteilen aufgegliedert wissen. Darüber hinaus wäre eine Darstellung mit Veränderungen (Bsp.: Michelbach 10.700 Fahrgäste +/- 500 Fahrgäste) wünschenswert.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der folgenden Tabelle sind die Fahrgastzahlen des AST der Jahre 2010 und 2011 aufgelistet und verglichen worden. Die teilweise erheblichen prozentualen Abweichungen sind jeweils einzeln zu betrachten und resultieren bei negativen Abweichungen überwiegend aus einer längeren Bedienungszeit mit dem

Linienbus und bei positiven Abweichungen aus der höheren Akzeptanz wie z.B. bei den Stadtteilen Ron- und Bortshausen. Im AST-Gebiet Lahnberge wird seit dem Fahrplan 2011 am Abend mit dem Linienbus bedient.

Gebiet:	Fahrgäste 2010:	Fahrgäste 2011:	Diff.2010 / 2011	Abw . %
Höhen-AST	1.189	852	-337	-28,34%
Bauerbach	9.220	9.611	391	4,24%
Bortshausen	887	1.501	614	69,22%
Cappel Moischer Str. & Friedhof	1.050	1.355	305	29,05%
Cappeler Berg	285	420	135	47,37%
Cyriaxweimar	2.541	2.228	-313	-12,32%
Dagobertshausen	2.984	3.426	442	14,81%
Dilschhausen	837	1.165	328	39,19%
Elnhäusen	5.822	5.928	106	1,82%
Ginseldorf	4.676	3.990	-686	-14,67%
Haddamshausen	1.461	1.566	105	7,19%
Hermershausen	1.678	1.464	-214	-12,75%
Lahnberge	2.453	61	-2.392	-97,51%
Michelbach	10.704	10.243	-461	-4,31%
Moischt	6.054	4.523	-1.531	-25,29%
Neuhöfe	875	593	-282	-32,23%
Ortenberg	538	362	-176	-32,71%
Ronhausen	425	370	-55	-12,94%
Rotenberg	455	659	204	44,84%
Schröck	8.186	8.880	694	8,48%
Wehrshausen	2.035	1.706	-329	-16,17%
	64.355	60.903	-3.452	-5,36%

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 12 01/2012)

Vorlage: VO/0940/2012

Hat der ehemalige Stadtbaudirektor der Universitätsstadt Marburg eine Aufwandsentschädigung für die Ausarbeitung der Planskizze "Schrägaufzug" erhalten, die laut Presse "mit überraschender Konkretion und Gestalt und beinahe schon als Ergebnis präsentiert wurde und diskutiert werden kann"?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der ehemalige Stadtbaudirektor hat keine Aufwandsentschädigung erhalten. Er hat vielmehr nach einem Gespräch mit dem FD Kultur und dem FD Stadtgrün, Umwelt und Natur die Idee des Schrägaufzugs, die vor dem Hintergrund einer Vergleichsanlage bei der Bundesgartenschau in Koblenz entstanden war, aufgegriffen und aus eigenem Antrieb eine Machbarkeitsskizze erarbeitet.

Eine Aufwandsentschädigung hat der ehemalige Stadtbaudirektor allerdings für seine Beratungsleistungen im Zusammenhang mit den Untersuchungen des

historischen Schlossbrunnens erhalten.

**zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 13 01/2012)
Vorlage: VO/0932/2012**

Nachdem im November der Antrag betr. Radfahrer ohne Licht einstimmig angenommen wurde, frage ich nach, was der Magistrat in der Zwischenzeit den Stadtverordneten dazu mitzuteilen hat. Ich kann keine Verbesserung feststellen.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Fahrradkontrollen werden in unregelmäßigen Abständen das ganze Jahr über durchgeführt. Seit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung fanden an neun Abenden Fahrradkontrollen statt. Dabei wurden insgesamt 71 Radfahrer kontrolliert. 39 Fahrräder waren mängelfrei, sieben Fahrräder verfügten zwar über eine funktionierende Beleuchtung, jedoch war diese nicht eingeschaltet. In den übrigen 25 Fällen war die Beleuchtung mangelhaft bzw. nicht vorhanden. Alle Fahrradfahrer mit mangelhafter oder nicht eingeschalteter Beleuchtung wurden kostenpflichtig verwarnet.

In den nächsten Wochen sind weitere Kontrollen angeordnet.

Nicht nur bei den Fahrradfahrern, sondern auch bei PKW-Fahrern ist festzustellen, dass die Anzahl von Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung trotz der Zahlung von Bußgeldern nur in geringem Maße reduziert werden können.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 14 01/2012)
Vorlage: VO/0935/2012**

Was hat der Antrag zur Prüfung/Verbesserung der Ampelschaltungen am Erlenring ergeben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die mit der Berechnung der grünen Welle beauftragte Signalbaufirma bezieht derzeit die geplante Linksabbiegespur zu dem Erlenringcenter in die Berechnungen mit ein. Die Versorgung der Lichtsignalanlagen im Bereich Erlenring mit den neuen Signalprogrammen erfolgt, wenn diese Linksabbiegespur fertig gestellt ist und freigegeben werden kann.

Weitere erhebliche Einschränkungen für den Verkehrsfluss am Erlenring und am

Rudolphsplatz werden sich voraussichtlich für das gesamte Jahr 2012 ergeben, da im Bereich des Bahnhofsvorplatzes jeweils im Wechsel die Zu- und die Abfahrt der B3 für mehrere Monate gesperrt sein werden. Hierdurch werden die Auf- und Abfahrten im Bereich Erlenring sowie der Rudolphsplatz deutlich stärker belastet. Um Rückstaus auf die B3 zu vermeiden, kann es erforderlich werden, die Signalprogramme in dem Bereich an die neuen Verkehrsbelastungen anzupassen.

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 15 01/2012)

Vorlage: VO/0936/2012

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob die Durchführung des Marktfrühschoppens beantragt wurde und wenn ja, unter welchen Bedingungen/Auflagen die Genehmigung erfolgt ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für alle jährlich durchgeführten Veranstaltungen werden öffentliche Flächen im Voraus reserviert. Der Marktplatz wurde für den Marktfrühschoppen am 01.07.2012 und 07.07.2013 reserviert. Der Marktfrühschoppen ist eine Veranstaltung des Marktfrühschoppenvereins. Der Magistrat lädt nicht ein, sondern der Verein. Es wird nur allgemein eine Einladung ausgesprochen. Spezielle Gruppen aus der Bevölkerung werden nicht besonders eingeladen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) und Schalauske (Marburger Linken) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 16 01/2012)

Vorlage: VO/0941/2012

Was hat die Erstellung des neuen Abfallkalenders die Stadt gekostet? Wir gehen davon aus, dass die Erstellung des Abfallkalenders im Auftrag der Stadt Marburg von einer professionellen Agentur erstellt wurde.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Das Honorar für die graphische Ausgestaltung des Abfallkalender-Heftes für das Jahr 2012, die durch eine Marburger Firma ausgeführt wurde, betrug 3.090,90 Euro.

Die grundsätzliche Gestaltung, auch des Kalendariums, orientierte sich an auch in verschiedenen anderen Städten gewählten Formaten. Die inhaltliche Zusammenstellung der verschiedenen Themenkomplexe, wie z.B. die Möglichkeiten zur Selbstanlieferung von Abfällen, zur Abholung von Sperrmüll, Elektroaltgeräten und Mobiliar oder wo es welche Dienstleistungen rund um die

Abfallwirtschaft in Marburg gibt, erfolgte durch die mit den Fachthemen betrauten Bediensteten der Stadt Marburg bzw. des DBM.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Suntheim-Pichler (BfM) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 17 01/2012)
Vorlage: VO/0937/2012**

Kann das Rechtsgutachten des Herrn Prof. Dr. Schnellenbach zur Teilbarkeit einer Wahlbeamtenstelle in seiner Gesamtgröße als PDF-Form den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Alle Fraktionsvorsitzenden haben am 16. Januar das Gutachten als PDF-Datei erhalten.

**zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 18 01/2012)
Vorlage: VO/0958/2012**

Auf dem Gelände der Vitos-Klinik plant die Stadt Marburg direkt neben der bestehenden „Evangelischen Krippe“ den Neubau eines weiteren Kinderhortes.

Kann der Magistrat negative Auswirkungen auf die bestehende Kinderkrippe ausschließen und wäre es nicht sinnvoll, beide Einrichtungen von demselben Träger betreiben zu lassen, um Synergieeffekte durch die direkte Nachbarschaft nutzen zu können.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Universitätsstadt baut seit dem 16. Januar 2012 an der Cappeler Straße nahe der Evangelischen Kinderkrippe eine weitere Einrichtung der Kindertagesbetreuung, um rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, den bevorstehenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erfüllen zu können. Ein weiterer Kinderhort war nie beabsichtigt, es sind U 3-Plätze vorgesehen.

Es geht darum, positive Auswirkungen auf die Lebensumstände von Kindern und Eltern zu bewirken, negative Auswirkungen auf die bestehende Krippe sind nicht zu erwarten.

Über die Trägerschaft der Krippe ist noch keine Entscheidung gefallen, es liegen derzeit zwei Bewerbungen von Trägern vor, ggf. können noch weitere dazu kommen.

Die Entscheidung fällt unter Berücksichtigung komplexer Zusammenhänge, wie der Fähigkeiten der Träger auf Bewältigung der Aufgabe, der Trägerstruktur und

der sowohl hervorragenden wie sinnvollen Trägervielfalt in der Stadt, sozialräumlichen Gegebenheiten, Diskursergebnisse im Bereich der Träger und der Jugendhilfe sowie der Eltern, verlässlicher Finanzierungsrahmen, Erfahrungen mit den Trägern und dessen Einrichtungen.

Eine Reduzierung der Kriterien auf „direkte Nachbarschaft“ ist sicher nicht sinnvoll, zumal dieses Kriterium nicht unbedingt Synergieeffekte bedeuten muss.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen kleinen Anfragen Nr. 19 bis Nr. 21 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 8 Bericht des Beirates für Stadtgestaltung

Wie der Stadtverordnetenvorsteher mitteilt hat in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Beirat für Stadtgestaltung zum zweiten Mal die Möglichkeit, über seine Arbeit zu berichten. Der Stadtverordnetenvorsteher erteilt Frau Architektin und Städtebauarchitektin Dipl.-Ing. Waltraud Mechsner-Spangenberg das Wort zum Vortrag des Berichtes.

Frau Mechsner-Spangenberg ist seit 1998 Vorsitzende des Beirates. Sie gibt einen Überblick über Aufgaben und Ziele des Beirates sowie dessen Arbeit in den zurückliegenden Jahren.

Nach dem Bericht dankt der Stadtverordnetenvorsteher im Namen des gesamten Hauses für die verdienstvolle Arbeit in den zurückliegenden 13 Jahren als Vorsitzende des Beirates für Stadtgestaltung und das noch kommende ehrenamtliche Engagement. Der Oberbürgermeister bedankt sich im Namen des Magistrats ebenfalls bei Frau Mechsner-Spangenberg für die effektive ehrenamtliche Arbeit.

zu 7 Satzung der Universitätsstadt Marburg für den „Beirat für Stadtgestaltung“ Vorlage: VO/0814/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten. Es wurden folgende Änderungsanträge gestellt:

1. Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Stadtverordnete Sell stellt für die Fraktionen SPD und B90/Die Grünen einen Änderungsvorschlag vor, der sich ausschließlich auf den § 3 des Satzungsentwurfes bezieht.

In Ziffer 1 soll die Zahl „4“ geändert werden in „5“.

Die Ziffer 3 soll beginnen „4 seiner Mitglieder“.

Die bisherige Ziffer 6 soll zur Ziffer 4 werden und lauten „Das 5. stimmberechtigte Mitglied ist zwingend ein/e vom Stadtparlament berufene/r sachkundige/r Bürger/in, die/der der Stadt und ihrer Entwicklung verbunden ist“.

Die bisherigen Ziffern 4 und 5 werden dann zu 5 und 6.

2. Fraktion Marburger Linke

Die Stadtverordnete Bauder-Wöhr stellt für die Fraktion Marburger Linke den Änderungsantrag, dass alle Passagen, die eine Doppelbehandlung von Vorhaben in Denkmalbeirat und Beirat für Stadtgestaltung vorsehen, gestrichen werden. Dies sind z. B. im § 2 Ziffer 2 der 3. Spiegelstrich.

Im § 3 Ziffer 3 sollte der zweite Satz gestrichen und stattdessen die Möglichkeit vorgesehen werden, renommierte Architekturkritiker dazu zu bitten.

In § 3 Ziffer 6 soll der/die sachkundige Bürger/in unabhängig von Parteien, Ämtern, Bauwirtschaft etc. sein.

Darüber hinaus soll § 6 Ziffer 4 gestrichen werden (um die evtl. Beeinflussung durch die Politik zu vermeiden).

Die Passage im § 7 Ziffer 3, wonach der private Bauherr einer öffentlichen Darstellung zustimmen soll, soll geändert werden in "nicht widersprochen haben".

Weiterhin soll im § 7 eine neue Ziffer eingefügt werden, wonach der Sprecher bzw. die Sprecherin des Beirates für Stadtgestaltung Rederecht im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften erhalten soll.

Im Bau- und Planungsausschuss wurde zunächst über die Änderungsanträge abgestimmt. Der Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linken wurde mehrheitlich abgelehnt. Der Änderungsantrag vom SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde mehrheitlich angenommen.

Zur so geänderten Vorlage empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung. Aussprache wurde beantragt.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich die geänderte Vorlage aus dem Bau- und Planungsausschuss zur Grundlage genommen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zum geänderten Satzungstext.

Im Rahmen der Aussprache sprechen der Oberbürgermeister sowie die Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Bauder-Wöhr (Marburger Linke) und Sell (SPD).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nach der Aussprache zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und der Stimme der Piraten Partei sowie bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke wird abgelehnt.

Abstimmung über die geänderte Vorlage insgesamt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis

90/Die Grünen, Marburger Linken, MBL, FDP und Piraten Partei sowie bei Nein-Stimmen von CDU und BfM folgenden Beschluss:

Dem beigefügten Entwurf der Satzung für den Beirat für Stadtgestaltung wird unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen beschlossenen Änderungen zugestimmt.

zu 10 Dringlichkeitsanträge

**zu 10.1 Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Umbauarbeiten im Hauptbahnhof - Inakzeptable Übergangslösung
Vorlage: VO/0948/2012**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Deutsche Bahn als Betreiber des Hauptbahnhofes aufzufordern, unverzüglich eine Verbesserung der Baustellensituation für Reisende herbeizuführen. Im Kontext der umfangreichen Bahnhofsumbauarbeiten sind zahlreiche Einschränkungen insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität entstanden, die nicht mehr hinnehmbar sind.

zu 12 Anträge der Fraktionen

**zu 12.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mindestlohn bei der Stadt und den städtischen Tochtergesellschaften
Vorlage: VO/0630/2011**

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 den Antrag ausführlich diskutiert und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke), Rink (SPD), Stompfe (CDU) und Seitz (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach und Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Debatte hat von 18:21 Uhr bis 18:50 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Stötzel (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Enthaltung der Piraten Partei und einer Stimme aus der CDU und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 12.2 Antrag der MBL-Fraktion betr. Gewinnausschüttung der Stadtwerke
Vorlage: VO/0693/2011**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Becker (MBL), Rink (SPD), Schalauske (Marburger Linke), Pfalz (CDU), Becker (MBL) und Sell (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der MBL, Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten und Enthaltung der Piraten Partei folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 13.3 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Rudolphsplatz
Vorlage: VO/0829/2011**

Die Vorlage ist im Dezember vertagt worden auf Januar, um die Aussprache durchführen zu können. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Hesse (SPD), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Stötzel (CDU) und Sell (SPD). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Im Übrigen nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 5 Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in für das Ortsgericht I (Kernstadt
und Gisselberg)
Vorlage: VO/0823/2011**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahl des Ortsgerichtsschöffen aufgrund der

bereits in der Vorlage genannten Wahlvorschläge durchzuführen. Geheime Abstimmung wurde nicht verlangt.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird geheime Abstimmung nicht gewünscht.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt beide Wahlvorschläge alternativ zur Abstimmung.

Der Wahlvorschlag Herr Otfried Winkel (Wiederwahl) wird unterstützt durch die Fraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken.

Der Wahlvorschlag Frau Anni Röhrkohl der CDU-Fraktion wird unterstützt durch die Stadtverordneten von CDU, MBL, FDP, Piraten und BfM.

Damit hat der Wahlvorschlag der SPD, Herr Otfried Winkel **mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten erhalten.**

Die Stadtverordnetenversammlung wählt somit Herrn Otfried Winkel, wohnhaft Erfurter Straße 8, 35039 Marburg, zum Ortgerichtsschöffen für das Amtsgericht I (Kernstadt und Gisselberg).

**zu 6 Einführung eines dynamischen Fahrgastinformationssystems in Marburg
Bedarfsanerkennungsbeschluss gemäß Ziffer 2.21 Anlage 21 AGA
Vorlage: VO/0723/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Gegenstimme der Piraten Partei mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) soll durch die Einführung eines dynamischen Fahrgastinformationssystems an den wichtigsten Haltestellen innerhalb des Marburger Stadtgebietes erheblich verbessert werden.

Mit der Projektsteuerung der Maßnahme wird die Stadtwerke Marburg Consult GmbH beauftragt.

**zu 9 Wirtschaftsplan 2012 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/0820/2011**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2012 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und der Marburger Service GmbH.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Enthaltung der MBL und Ja-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die beigefügten Wirtschaftspläne 2012 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH sowie der Marburger Service GmbH werden beschlossen.

zu 11 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

zu 11.1 Antrag des KiJuPa betr. Sicherung des Fahrradweges zwischen Bauerbach und Ginseldorf Vorlage: VO/0861/2011

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Die Vorlage des Kinder- und Jugendparlaments ist im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

"Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept für die Sicherung des Fahrradweges zwischen Bauerbach und Ginseldorf vorzulegen."

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept für die Sicherung des Fahrradweges zwischen Bauerbach und Ginseldorf vorzulegen.

zu 11.2 Antrag des KiJuPa betr. Beleuchtung im Schlosspark Vorlage: VO/0862/2011

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Beleuchtungssituation im Schlosspark zu überprüfen.

**zu 12.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Weltkulturerbe
Vorlage: VO/0715/2011**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag der Fraktion Marburger Linke ist im Bau- und Planungsausschuss in einen Berichtsantrag umgewandelt worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert den Magistrat auf, die Stadtverordneten darüber zu informieren, was bislang zur Aufnahme der historischen Altstadt mit Schloss und Elisabethkirche sowie der anschließenden , das historische Stadtbild prägenden Gebiete an der Süd- und Nordseite des Schlossberges und des „Weinberges“ oberhalb der Ketzerbach in das Unesco-Verzeichnis "zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt" unternommen wurde.

Der Magistrat wird gebeten, über die aktuellen Aufnahmekriterien in das Unesco-Weltkulturerbe sowie die hierbei anfallenden Kosten zu informieren.

Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die geänderte Antragsfassung aus dem Bau- und Planungsausschuss zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimme der BfM-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert den Magistrat auf, die Stadtverordneten darüber zu informieren, was bislang zur Aufnahme der historischen Altstadt mit Schloss und Elisabethkirche sowie der anschließenden , das historische Stadtbild prägenden Gebiete an der Süd- und Nordseite des Schlossberges und des „Weinberges“ oberhalb der Ketzerbach in das Unesco-Verzeichnis "zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt" unternommen wurde.

Der Magistrat wird gebeten, über die aktuellen Aufnahmekriterien in das Unesco-Weltkulturerbe sowie die hierbei anfallenden Kosten zu informieren.

**zu 12.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Taubenproblem in Marburg
Vorlage: VO/0810/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten Partei, BfM sowie Enthaltung von FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 12.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Blick zum Schloss
Vorlage: VO/0811/2011**

Wie eingangs der Sitzung berichtet ist der Antrag in den Fachausschüssen Umweltausschuss und Bau- und Planungsausschuss zurückgezogen worden. Auf Wunsch der CDU-Fraktion soll er jedoch im Februar erneut beraten werden.

Die Vorlage wird zurückgestellt bis zum Februar.

**zu 12.6 CDU-Antrag betr. Wasserkraftanlagen
Vorlage: VO/0812/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext hat im Umweltausschuss folgende Änderung erfahren:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu berichten, wie und mit welchem Potenzial die Lahn im Bereich Marburgs zur Energiegewinnung durch eine weitere Wasserkraftanlage sinnvoll genutzt werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu berichten, wie und mit welchem Potenzial die Lahn im Bereich Marburgs zur Energiegewinnung durch eine weitere Wasserkraftanlage sinnvoll genutzt werden kann.

**zu 12.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Handy-Parken
Vorlage: VO/0813/2011**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen in welchen Stadtteilen und/oder an welchen Stellen in einem Teilgebiet der Stadt Marburg ein Handyparksystem eingerichtet werden kann.

**zu 12.8 Antrag der MBL-Fraktion betr. Versicherungen der Stadt
Vorlage: VO/0890/2012**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Magistrat berichtet der Oberbürgermeister zum Thema Versicherungen der Stadt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zur Versicherungssituation der Stadt Stellung zu nehmen und zu berichten.

zu 13 Kennntnisnahmen

**zu 13.1 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung betr. Toiletten
Lahnwiesen, Vorlage: VO/396/2011
Vorlage: VO/0721/2011**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 13.2 Überplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt (Investitionen) 2011

hier: Produkt/Budget 332310 "Verkehrswesen"
Vorlage: VO/0816/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher lädt alle Anwesenden zu einem gemütlichen Beisammensein auf die Galerie des Stadtverordnetensitzungssaales ein und schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Dringlichkeitsanträge

Schriftliche Beantwortung der kleinen Anfragen Nr. 19 bis Nr. 21

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VO/0913/2012	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	17.01.2012	
	Eingang:	27.01.2012	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
Beratende Gremien:	Schul- und Kulturausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Keine Stellenkürzungen an Abendschulen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) fordert die Hessische Landesregierung auf, die Einschnitte der letzten Jahre bei den Erwachsenenschulen zurückzunehmen und die vorgesehenen Veränderungen zu Lasten der Schüler/innen und Lehrer/innen nicht vorzunehmen. Insbesondere sollen die geplanten Stellenkürzungen an den Schulen für Erwachsene, die auch die Marburger Abendschulen betreffen, und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte zurückgenommen werden.

Die StVV bittet den Magistrat der Universitätsstadt Marburg sich diesen Forderungen anzuschließen.

Begründung:

Die Stellenkürzungen an den Abendschulen werden dazu führen, dass Schüler/innen zurückgewiesen werden müssen, wie das Beispiel Abendgymnasium Wiesbaden belegt. Der zweite Bildungsweg wird somit nicht mehr allen Bürger/innen offen stehen. Auch eine Erhöhung der Pflichtstunden wird dies nicht auffangen können. Vielmehr wird eine Erhöhung der Pflichtstunden zu einer drastischen Verschlechterung der Arbeitssituation an den Schulen für Erwachsene führen. Gründe dafür sind die besonderen Anforderungen an die Lehrer/innen an dieser Schulform (beispielsweise differenzierte Unterrichtsvorbereitung aufgrund stark heterogener Lerngruppen; variable Arbeitsorteinsätze; Arbeitszeiten am Nachmittag und in den Abendstunden; Erwachsenenkonfliktmanagement).

Die Hessische Landesregierung spart mit diesen Maßnahmen am völlig falschen Ende. Sie nimmt billigend in Kauf, dass mehreren Hundert Bürger/innen in Hessen die Chance auf Weiterbildung verbaut wird. Auch die Abendschulen in Marburg sind von den Maßnahmen betroffen. Die StVV sollte die Kürzungen nicht unwidersprochen hinnehmen.

Henning Köster Halise Adsan Tanja Bauder-Wöhr Jan Schalauske

Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD	Vorlagen - Nr.: VÖ/0948/2012	TOP
	Status: öffentlich	
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien: Stadtverordnetenversammlung Marburg		

**Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr.
Umbauarbeiten im Hauptbahnhof - Inakzeptable Übergangslösung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Deutsche Bahn als Betreiber des Hauptbahnhofes aufzufordern, unverzüglich eine Verbesserung der Baustellensituation für Reisende herbeizuführen. Im Kontext der umfangreichen Bahnhofsumbauarbeiten sind zahlreiche Einschränkungen insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität entstanden, die nicht mehr hinnehmbar sind.

Begründung:

Die dringend notwendige Modernisierung des Bahnhofes schreitet endlich voran. Dass währenddessen mit Einschränkungen im täglichen Betrieb zu rechnen ist, ist unumgänglich und stößt auf Verständnis der Marburgerinnen und Marburger. Hochproblematisch sind jedoch die Übergangslösungen im Bereich der Gleiszugänge sowie der Unterführung. In Stoßzeiten bildet sich regelmäßig ein Rückstau am Auf- und Abgang in das Hauptgebäude. Weshalb ein Teil der Treppe gesperrt ist und daher ein Nadelöhr provoziert, bleibt ein Rätsel. Die starken Regenfälle der vergangenen Tage haben es offenbart - eine Dauerlösung ist das nicht, auch nicht für einige Monate. Bahnhofsumbauarbeiten müssen ein Mindestmaß an Sicherheit und Komfort garantieren. Weshalb in Städten wie Münster oder in jüngerer Vergangenheit unsere Nachbarstadt Gießen die Zugänge mit Holzplatten verkleidet worden sind und ausreichende Zugangsmöglichkeiten vorhanden waren, aber in Marburg bislang nicht, bleibt ein Rätsel. Die Deutsche Bahn muss diesbezüglich dringend nachbessern, da ansonsten die Sicherheit der Reisenden keinesfalls gewährleistet ist.

Marco Nezi

Thorsten Büchner

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VÖ/0952/2012	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	27.01.2012	
	Eingang:	27.01.2012	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
Beratende Gremien:	Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Schul- und Kulturausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Situation Sportstätten insbesondere Hallen/ Sanierung Richtsberghalle

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die StVV beauftragt den Magistrat, die Handlungsempfehlungen des Sportentwicklungsplanes Marburg, Bereich gedeckte Sportstätten, unverzüglich umzusetzen.

- 1. vor der Sanierung der Richtsberghalle einen Hallenneubau zu errichten;**
- 2. die Richtsberghalle so Instand zu setzen, dass sie weiter für den Schul- und Vereinsport nutzbar ist;**
- 3. mit Abschluss des Neuhallenbaus, die kompletten Sanierungsmaßnahmen an der Richtsberghalle einzuleiten.**

Begründung:

Die StVV stimmte am 26. Februar 2010 einstimmig dem vorgelegten Sportentwicklungsplan zu. Die Handlungsempfehlung im Bereich "gedeckte Sportstätten" lautete: Neubau einer 4-Felder-Halle (1600 m²) in zentraler Lage. In der Begründung für diese Handlungsempfehlung heißt es: Entschärfung des anstehenden Sporthallen- Sanierungsstaus durch schnelle Umsetzung dieser Handlungsempfehlung, um Sportunterricht und bestehende Vereinsangebote aufrecht erhalten zu können (Ersatzfläche für Sanierungsfläche schaffen).

Diese Begründung gilt nach wie vor. Das Vorhaben des Magistrats, zuerst die Sporthalle am Richtsberg zu sanieren und damit die Hallenfläche in Marburg für 18 Monate drastisch zu verkleinern, läuft dem einstimmigen Beschluss der StVV diametral entgegen. Zudem wird diese Maßnahme des Magistrats sowohl den Schulsport, als auch den Vereinssport in Marburg in den nächsten Jahren stark beeinträchtigen.

**Dringlicher Antrag der Fraktion
Marburger Bürgerliste**

27.01.2012

Betr. 4 Millionen – Euro Spende

Sofortige Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über die 4 Millionen Euro Spende.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Dr. Hermann Uchtmann

Reinhold Becker

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 02.02.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Johanna Busch
Kämpfrasen 8

35037 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
27.01.2012**

hier: Frage Nr. 19

Nach Auskunft der Regierungspräsidenten wurden der Straßenverkehrsbehörde der Stadt Marburg die evaluierten Ergebnisse der Straßenverkehrszählung 2010 im Bereich der B 3a Ende 2011 zugesandt.

Bisher wurde die Anordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf der B 3a vom RP immer mit dem Hinweis versagt, dass das Lärminderungspotential einer solchen Geschwindigkeitsreduzierung zu gering wäre und daher eine solche Maßnahme nicht zulässig sei. Ergibt sich nach Einschätzung des Magistrats auf Basis der nun vorliegenden aktuelleren Daten eine andere Situation?

Sehr geehrte Frau Busch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die bundesweiten Verkehrszählungen in den Jahren 2005 und 2010 ergaben für die B 3a im Bereich der Stadt Marburg für das durchschnittliche tägliche Verkehrsaufkommen (24-Stundenwerte) folgende Ergebnisse:

	<u>2005</u>	<u>2010</u>
Zählstelle zwischen den AS MR-Mitte und MR-Nord	41.535	40.177
Zählstelle zwischen den AS MR-Mitte und MR-Süd	40.320	40.388

Danach haben sich keine gravierenden Veränderungen ergeben, so dass sich daraus keine andere verkehrsrechtliche Situation ergibt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 02.02.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Jan Schalauske
Neustadt 27

35037 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
27.01.2012**

hier: Frage Nr. 20

**In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. August 2011 wurde der Antrag
„Bericht des Magistrats über die Aktivitäten der Stadt angesichts steigender
Studierendenzahlen“ einstimmig verabschiedet. Erst war dieser Bericht für
November angekündigt. Im November erklärte der Oberbürgermeister im
Haupt- und Finanzausschuss, dass „die Erstellung dieses Berichts noch einige
Zeit in Anspruch nehmen wird.“**

**Wann ist verbindlich mit der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordne-
tenversammlung zu rechnen?**

Sehr geehrter Herr Schalauske,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Da sich die steigenden Studierendenzahlen zum Wintersemester 2011/2012 auf die öffentliche Infrastruktur nicht spürbar ausgewirkt haben, war ein schneller Bericht nicht erforderlich. Selbstverständlich hat der Magistrat die Situation trotzdem weiterhin aufmerksam beobachtet und wird bis Ende Februar 2012 berichten.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 02.02.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Jan Schalauske
Neustadt 27

35037 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
27.01.2012**

hier: Frage Nr. 21

In Marburg gibt es nach Auskunft des Magistrats 13 öffentliche Toilettenanlagen. Wie viele Anlagen sind für die Nutzer/innen kostenpflichtig? Wie viele sind rund um die Uhr zugänglich? Welche sind behindertengerecht und wie hoch ist die Nutzungsgebühr?

Sehr geehrter Herr Schalauske,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Von den 13 öffentlichen Toilettenanlagen sind **3 Toilettenanlagen** für die Nutzer/innen kostenpflichtig, **2 Toilettenanlagen** sind rund um die Uhr zugänglich und **8 Toilettenanlagen** sind behindertengerecht ausgebaut.

Bei den kostenpflichtigen Toilettenanlagen handelt es sich um die Toiletten am Pilgrimstein 28 a (Oberstadtaufzug), die Toilettenanlage an der Elisabethkirche und die Toilettenanlage Markt 8.

Die Nutzungsgebühr beträgt bei den Toiletten Pilgrimstein 28 a (Oberstadtaufzug) und Markt 8 **10 Cent**, bei der Toilettenanlage an der Elisabethkirche **50 Cent (Betreiber Ev. Kirchengemeinde der Elisabethkirche)**.

Für die Benutzung der Behindertentoiletten fallen keine Gebühren an.

Toilettenanlage	Öffnungszeiten	behindertengerecht	Gebühr
Am Markt 8	7:30 Uhr bis 20:00 Uhr	ja	10 Cent
Am Südbahnhof	7:00 Uhr bis 19:00 Uhr	nein	keine
Wilhelmsplatz	geschlossen seit 23.01.2012		